

Für Laibach:

Ganzjährig	8 fl. 40 fl.
Halbjährig	4 „ 20 „
Vierteljährig	2 „ 10 „
Monatlich	— „ 70 „

Mit Post:

Ganzjährig	12 fl.
Halbjährig	6 „
Vierteljährig	3 „

Für Zustellung ins Haus  
vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

# Tagblatt.

Bahnhofgasse Nr. 132.

Expedition- & Inseraten  
Bureau:

Langestraße Nr. 81 (Buch-  
handlung von Jgn. v. Klein-  
mahr & Fed. Bamberg.)

Inserationspreise:

Für die einspaltige Petitzeile  
à 4 kr., bei zweimaliger Ein-  
schaltung à 7 kr., dreimaliger  
à 10 kr.  
Inserationsstempel jedesmal  
30 kr.

Bei größeren Inseraten und  
öfterer Einschaltung entspre-  
chender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 134.

Dinstag, 16. Juni 1874. — Morgen: Adolsf.

7. Jahrgang.

## Die achte Session des Reichsrathes.

Vom Beginne bis zur Vertagung am 7. Mai 1874.

Rede des Abg. Dr. Schaffer an seine Wähler.

Am Schlusse der 63. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 7. Mai d. J. nahm der Herr Minister des Innern das Wort, um zu verkünden, daß der Reichsrath über Anordnung seiner Majestät des Kaisers vom 8. desselben Monats an vertagt sei, worauf der Präsident des Hauses bekannt gab, daß er die Tagesordnung der nächsten Sitzung den Mitgliedern im schriftlichen Wege mittheilen werde. Die achte Session des Reichsrathes ist demnach zu Anfang des vorigen Monats nicht formell geschlossen, sondern nur auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Da jedoch diese Vertagung nach einer mehr als 6monatlichen Sessiondauer erfolgte, da dieselbe, von außerordentlichen Ereignissen abgesehen, sich bis Mitte October d. J. ausdehnen dürfte, da ferner ein definitiver Schluß der Session wohl hauptsächlich aus dem Grunde vermieden wurde, um in der Behandlung einer Reihe sehr wichtiger Angelegenheiten, so vor allem der Steuerreform, die sonst zu Beginn der nächsten Session die einzelnen Stadien der geschäftsordnungsmäßigen Erledigung hätten neuerlich durchlaufen müssen, keine unnöthige Unterbrechung eintreten zu lassen, so darf die jüngste Vertagung des Reichsrathes ohne Zweifel gleich einem Sessionsschlusse als eine solche Unterbrechung der parlamentarischen Arbeit angesehen werden, nach der es am Platze ist: auf die Thätigkeit der Vertretungskörper zurückzublicken und deren Resultate eingehend zu präsen.

Von dieser Anschauung ausgehend, hielt ich mich daher in Befolgung jener Grundsätze, die ich über das Verhältnis zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern stets vertreten, und insbesondere um der bei meiner Candidatur gegebenen Zusage pünktlich nachzukommen, für verpflichtet, über die Thätigkeit des direct gewählten Reichsrathes und meine bescheidene Theilnahme an derselben jetzt das erstemal meinen verehrten Wählern Bericht zu erstatten.

Ueber eine ehrenvolle Einladung des Ausschusses des constitutionellen Vereines war ich um so eher bereit, dies in einer Versammlung dieses Vereines zu thun, als wir ja denselben ohnehin seit Jahren als den Mittelpunkt und Leiter der gesammten politischen Action im Lande betrachten dürfen, überdies aber alle Herren Wähler, welche, wenn auch nur im weitesten Sinne, zur Partei, der ich anugehören die Ehre habe, gerechnet werden können, noch persönlich zur heutigen Versammlung geladen wurden, so daß letztere auch in dieser Richtung als das competente Forum erscheint, vor welchem ich die nachfolgenden Ausführungen vorzutragen habe.

Devor ich jedoch zum eigentlich sachlichen Theile meines Vortrage übergehe, sei es mir gestattet, noch

einige Betrachtungen voranzuschicken, die sich mehr auf die persönliche Stellung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, namentlich auch der Abgeordneten aus Krain beziehen.

Vor allem einige Worte über die bestandenen Klubverhältnisse. Wenn es bei allen größern Vertretungskörpern in der Natur der Sache liegt, daß Mitglieder gleicher Gesinnung zum Zwecke eines regeren Ideenaustausches und einer rascheren und gründlicheren Erledigung der Arbeiten, sich zu einem engeren Verbände aneinanderschließen, so ist ein solches Vorgehen sicherlich im österreichischen Parlamente, wo so viele Parteien und so sehr verschiedener Richtungen ihre Vertreter haben, vorzugsweise am Platze; ja es ist leicht erklärlich, daß das Klubwesen eben bei uns sich einen sehr weit gehenden Einfluß errungen hat.

Es bestanden im Abgeordnetenhause bisher bekanntlich drei Klubs der Verfassungspartei im engeren Sinne; der Fortschrittsklub, der Klub der Linken und des Centrums, denen sich nahezu in allen Fällen die Ruthenen, meistens auch die wenigen Abgeordneten der demokratischen Partei und sehr häufig die vier Jungslaven angeschlossen, während die Rechtspartei als Klub des rechten Centrums formiert war und die föderalistischen Abgeordneten aus Mähren als enge Alliierte hatte, indes der Polenklub mit seiner wechselnden Haltung zwischen Unterstützung und Bekämpfung des gegenwärtigen Systems wieder eine aparte Stellung einnahm.

Für die verfassungstreuen Abgeordneten aus Krain lag natürlich nur die Möglichkeit eines Eintrittes in einen der drei genannten Klubs der Verfassungspartei vor; unsere beiden verehrten Collegen aus dem Großgrundbesitze schlossen sich dem Klub des Centrums an, der überhaupt seiner überwiegenden Mehrheit nach aus Abgeordneten dieser Gruppe zusammengesetzt war, während für uns übrige, so achtenswerth dieser Klub auch sonst da stand, bei der in seinen Reihen vorherrschend vertretenen conservativen Richtung nur zwischen dem Fortschrittsklub oder dem Klub der Linken die Wahl sein konnte.

Im Klub der Linken waren hauptsächlich das Gros der schon früher dem Parlamente angehörig gewesenen verfassungstreuen Abgeordneten, insbesondere die Mehrheit der böhmischen concentrirt, wogegen im Fortschrittsklub viele der neugewählten liberalen Mitglieder des Hauses, dann aus unseren Nachbarprovinzen, alle Collegen aus Kärnten und die meisten aus Steiermark vereinigt waren.

Unsere bisher im politischen Leben verfolgten Prinzipien entsprach am meisten das Programm des Fortschrittsklubs und wir traten daher sämmtlich demselben bei. Die Erfahrung lehrte, daß dieser Schritt in jeder Beziehung ein gerechtfertigter war.

Der Fortschrittsklub, der gleich dem des Centrums ungefähr 60 Mitglieder zählte — die Linke bestand aus etlichen 80 — blieb zwar, seinem Namen

und seinem Zwecke getreu, der fortgeschrittenste unter allen parlamentarischen Klubs, allein er verstand es dabei gleichwohl ohne seiner vollen Unabhängigkeit jemals das geringste zu vergeben, vorhandenen Thatfachen Rechnung zu tragen, er verstand es, seine Aufgabe, im Hause das treibende und vorwärts drängende Element zu bilden, festzuhalten und doch im einzelnen Falle zwischen dem prinzipiell angestrebten und dem wirklich erreichbaren die richtige Mitte zu finden. So errang sich der Fortschrittsklub im Laufe der Session eine geachtete und einflußreiche Stellung; er hatte mehrfach Gelegenheit, entscheidend einzugreifen, ja einige male in Verbindung mit dem Centrum, mit dem er, trotzdem ihm die Linke im ganzen viel näher stand, doch vermöge einer gemeinsamen, ich möchte sagen unbefangeneren Auffassung der Dinge eine Affinität anderer Art hatte, die parlamentarische Situation geradezu zu beherrschen.

So konnte der Fortschrittsklub bei der Vertagung der Session im ganzen mit voller Befriedigung auf seine Thätigkeit zurückblicken und ging gleich dem des Centrums in guter Ordnung aus der ersten parlamentarischen Campagne hervor, während sich in den Reihen der Linken in der letzten Zeit gewisse Schwankungen bemerkbar gemacht hatten, die es wahrscheinlich erscheinen lassen, daß dieser Klub bei Wiederbeginn der Session eine Neugestaltung erfahren werde, ja es ist selbst die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß hiedurch die Klubverhältnisse der Verfassungspartei überhaupt eine oder die andere Veränderung erfahren könnten.

Es würde des Interesses nicht entbehren, aber hier zu weit führen, wenn ich auf die Verhandlungen in den einzelnen Klubs und auf die gegenseitigen Beziehungen derselben näher eingehen wollte; doch füge ich noch die Bemerkung bei, daß mitunter schon Stimmen laut wurden, es werde im Abgeordnetenhause auf Kosten der Verhandlungen im Plenum ein übertriebenes Schwergewicht auf die Beratungen in den Klubs und den Ausschüssen gelegt, so daß sich in letzteren das Hauptinteresse concentrirt, erstere aber an Bedeutung und Erfolg geschwächt werden. Auch diese Frage ist eine solche, die bei ihrem unzweifelhaften Einflusse auf die gesammte Thätigkeit des Parlamentes bei einer andern Gelegenheit die eingehendste Erörterung zu finden werth ist.

Einige weitere Ausführungen, die ich an dieser Stelle meiner Rede machen möchte, betreffen die Beziehungen zwischen der gesammten Verfassungspartei als solcher und dem Ministerium. Trotz der Gliederung der Partei in mehrere Klubs, kommt dieselbe, insoweit es sich im allgemeinen um das Verhältnis zwischen Regierung und der Majorität des Hauses handelt, aus der ja erstere hervorgegangen und auf die sie sich stützen soll, doch immer in ihrer Gesamtheit in Betracht. Diese Uebereinstimmung zwischen Ministerium und Verfassungs-

partei war nun im großen und ganzen eine durch aus erfreuliche, und die Regierung konnte nahezu in allen entscheidenden Fragen, ich erinnere z. B. nur an die Abstimmung beim ersten confessionellen Gesetze, auf eine kaum gehoffte Stimmenzahl rechnen. Dennoch läßt sich nicht läugnen, daß es auch wieder recht unerquickliche Episoden gab, deren Vermeidung im allseitigen Interesse in der nächsten Session dringend zu wünschen wäre.

Die Regierung verstand es nicht stets, rechtzeitig und mit den rechten Persönlichkeiten in Contact zu treten und überhaupt mit der Majorität jenen lebendigen Wechselverkehr aufrecht zu erhalten, wie er der Natur der Sache nach bestehen sollte. Auch herrscht selbst in Kreisen verfassungstreuer Abgeordneter bisweilen ein nach den bereits vorliegenden Erfahrungen nicht ganz ungerechtfertigtes Mißtrauen, so oft von den angeblich äußersten Concessionen in gewissen Dingen, von eventuellem Rücktritt u. dgl. die Rede ist, wodurch die gegenseitige Position manchmal eine gewisse Spannung erhält.

Mehr als alles das muß jedoch die Taktik des Ministeriums bedauert werden, welche es nicht verschmäht in Angelegenheiten, wo die Mehrheit der Verfassungskonvention nicht beizustimmen in der Lage ist, sich auf die Opposition zu stützen, um mittelst dieser gewiß unnatürlichen Hilfe in Verbindung mit den unbedingt ministeriellen Elementen der eigenen Partei sich eine künstliche Majorität für den einzelnen Fall zu schaffen. Ein solches equilibrium System mag für die Regierung einen Augenblick recht angenehm sein, sie vermag damit hin und wieder momentan ihre Stellung, aber gewiß nur scheinbar, zu stärken; allein ein derartiges Vorgehen verträgt sich durchaus nicht mit einem parlamentarischen Regime, ja macht letzteres auf die Dauer geradezu unhaltbar. Es war übrigens im Laufe der Session wiederholt Gelegenheit, in dieser Hinsicht sehr lehrreiche Erfahrungen zu sammeln; ich will der Erwartung Ausdruck geben, daß dieselben allseitig benützt werden, daß namentlich die Regierung es künftig nicht über sich bringen wird, Maßregeln im Widerspruche mit der Majorität des Hauses durchzusetzen und so ihrem Ursprung und ihrer wahren Mission untreu zu werden.

Nun sei es mir erlaubt, auch über das Verhältnis zwischen den liberalen Abgeordneten aus Krain und ihren vier jungslowenischen Kollegen aus Krain, Steiermark und Triest einige Worte beizufügen. Ich constatire mit Freude, daß dieses Verhältnis ein recht befriedigendes war; wir bestrebten uns beiderseits in allen unsere engere Heimat berührenden Angelegenheiten in regem Contact zu bleiben und bei vielen Abstimmungen, so nahezu in allen Fragen der Freiheit und Ausklärung, stimmten die Jungslowenen mit uns und der gesammten Verfassungskonvention. Ich spreche gerne die Hoffnung aus, daß diese guten Beziehungen, woran es bei beiderseitigem unbefangenen und von jeder persönlichen Voreingenommenheit freien Entgegenkommen nicht fehlen kann, auch in der nächsten Session bestehen werden; es wäre dies im Interesse so vielfacher gemeinsamer Aufgaben und angesichts eines gemeinsamen, wenn auch geschwächten, so doch noch nicht lahm gelegten Gegners im Lande, gewiß dringend zu wünschen.

Ich schließe diese Partie meines Vortrags mit einer Bemerkung über den Gesichtspunkt, von dem aus ich persönlich meine Stellung in der ersten Session, der ich beizuwohnen die Ehre hatte, aufzufassen bemüht war. Ich scheue mich durchaus nicht, es zu gestehen, daß ich mich diesmal vor allem bestrebt, Menschen und Dinge zu beobachten, den Arbeiten der Ausschüsse mit aller Aufmerksamkeit zu folgen, in jeder Richtung praktische Erfahrungen für meinen neuen Beruf zu sammeln, mit einem Worte: zu lernen. Infolge dessen habe ich auch weniger geredet, als ich mir vorgenommen, ja als mancher vielleicht erwartet, allein ich hege die feste Ueberzeugung, daß ich damit den richtigen Weg eingeschlagen, um der Sache, die ich zu vertreten be-

rufen bin, künftig nach Maßgabe meiner geringen Kräfte am besten nützen zu können. Jedenfalls werde ich zum Reden noch sehr häufig Gelegenheit finden, glaube aber bisher nichts versäumt zu haben, da mir bereits eine kurze parlamentarische Erfahrung gezeigt hat, wie man einer guten Sache durch zu frühzeitiges oder zu oftmaliges Reden weit leichter schadet, als nützt.

Indem ich nun darangehe, ein Bild der Arbeiten und Leistungen des Reichsraths während der ersten sechs Monate der nun vertagten Session zu entwerfen, will ich, um nicht ungebührlich weitläufig werden zu müssen, einmal alle rein episodischen und unbedeutenden Fragen, wie solche ja auch im Laufe einer langen Session vielfach vorkommen, bei Seite lassen, mich aber auch bei Erörterung der wichtigeren Angelegenheiten nur auf jene beschränken, die thätlich bereits im Hause ihre Erledigung fanden. Dabei muß ich mir jedoch allerdings ausdrücklich vorbehalten, über jene große Reihe äußerst bedeutungsvoller Vorlagen und Anträge, die sich noch in einem minder vorgeschrittenen Stadium der parlamentarischen Behandlung befinden, ich erwähne nur beispielsweise die Steuerreform, das Actiengesetz, das Militärpensionsgesetz, die Frage der Arbeiterkammern, den Antrag Prato wegen Südtirols, das Ehegesetz u. a., bei einer nächsten Gelegenheit, jedenfalls aber vor Wiederbeginn der Session, ausführlich zu sprechen und eventuell auch die Anschauungen meiner verehrten Wähler kennen zu lernen.

Was den äußeren Rahmen der Thätigkeit des Reichsraths anbelangt, so werden denselben folgende Daten illustriren: Die achte Session wurde am 4. November 1873 eröffnet und am 7. Mai 1874 vertagt, sie dauerte also bisher über sechs Monate. Das Abgeordnetenhaus hielt während dieser Zeit 63, darunter 4 Doppelsitzungen, das Herrenhaus 21 Sitzungen.

Die Sitzungen der Ausschüsse und Clubs dürften nach Hunderten zählen. Das Abgeordnetenhaus wählte 28 Ausschüsse zur Behandlung der verschiedenen Vorlagen und Anträge und 9 Abtheilungen zur Prüfung der unbeanstandeten Wahlen. Regierungsvorlagen wurden im ganzen 74, und zwar 63 im Abgeordnetenhaus und 11 im Herrenhause eingebracht und hievon bisher 51 von beiden Häusern, je 1 nur von einem der Häuser erledigt. Selbständige Anträge wurden im Abgeordnetenhaus im Laufe der Session 25 eingebracht und hievon 9 erledigt, im Herrenhause 4 eingebracht und 3 erledigt. Außerdem waren im Abgeordnetenhaus ungefähr 50 Interpellationen gestellt, wovon bisher doch kaum mehr als die Hälfte beantwortet sein dürfte.

(Fortsetzung folgt.)

## Politische Rundschau.

Kaisbach, 16. Juni.

**Inland.** Je sanfter die Regierungsblätter rückfichtlich der Handhabung der confessionellen Gesetze die Friedensschalmei blasen, desto trotziger geberden sich die Ultramontanen. Die gesammte clericale Presse, mit alleiniger Ausnahme des „Volksfreund“, kündigt den heftigsten Widerstand der Bischöfe an, und es hat den Anschein, als ob gerade die Scheu vor der Möglichkeit eines Conflictes die Conflictte herausbeschwören sollte. Der „Volksfreund“ wird um seiner Friedensliebe willen verhöhnt. So schreibt der „Czech“, daß, wenn das Organ des wiener Erzbischofs auch noch so entschieden für die Regierungspartei kämpfe, es damit doch nicht den unabänderlichen Verlauf der Dinge ändern könne. Er, der „Czech“, hoffe, daß man dies bald erkennen werde. Und das „Vaterland“ meint: „Wir glauben, daß sich in praxi die Conflictte eher ergeben werden, als man denkt. In der Theorie aber braucht man nur die „Enchiridion“ des heil. Vaters, die Erklärung des Episcopats am 20. März und den Briefwechsel zwischen dem heil. Vater und den Cardinälen in Betracht zu ziehen, um zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß ein Conflict fast unvermeidlich sein dürfte. Allerdings gewinnt es den Anschein, als

werde die Regierung versuchen, den Kern der Gesetze durch ihre mildeste Handhabung in Vergessenheit zu bringen, bis sich diese Gesetze eingelebt haben werden.“ Es scheint fast, als ob sich das „Vaterl.“ selbst lustig mache über die Officiösen und ihre feine Auslegung der confessionellen Gesetze.

In ungefähr vierzehn Tagen wird die Candidatenliste der Jungczechen für die Nachwahlen in den böhmischen Landtag publiciert werden — also die erste selbständige. In jenen Wahlbezirken, wo altczechische Candidaten mit Sicherheit durchbringen, wird von jungczechischer Seite kein Gegencandidat aufgestellt, es wird der Fiascos ohnedies genug geben. Die „Nar. Listy“, das Organ der Independents, ventilirt inzwischen ununterbrochen die Nützlichkeitsfrage des Aufgebens der Passivitätspolitik und thut dies sogar bei Gelegenheit der Besprechung der — Wahlreform in Ungarn. „Potrol“ und „Politik“ speien Feuer und Flamme wegen des Entschlusses der Jungczechen, ihre eigenen Candidaten aufzustellen. In proclamationsartigen Artikeln bearbeiten sie die Nation, den separatistischen Ausschweifungen kein Gehör zu geben und die Einheit der großen staatsrechtlichen Partei in Böhmen aufrecht zu erhalten. Diese Einheit dem äußeren Feinde gegenüber wollen, wie bekannt, die Jungczechen gar nicht stören. Die altczechischen Blätter haben endlich Palach's „Gedenkblätter“ besprochen, die jungczechischen brachten die dazu nötige Courage noch immer nicht auf.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat am Freitag eine kurze Sitzung gehalten, in welcher einige Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung erledigt wurden. Die Sitzung hatte jedoch auch ein interessantes Moment: der Abgeordnete Georg Nagy legte einen Gesetzentwurf vor, durch welchen für Darlehen, die grundbücherlich sichergestellt sind, ein fixer Zinsfuß festgestellt, das heißt wieder ein Wuchergesetz eingeführt werden soll; und zwei andere Abgeordnete richteten Beschlußanträge ein, deren einer auf den Schutz des Eigenthümers von Immobilien gegen die Verschleuderung seiner Habe bei den gerichtlichen Feilbietungen abzielt, während der andere die Abschaffung des Instituts der Gerichtsvollstrecker, das die Kosten der Rechtspflege übermäßig vertheuere, bezweckt. Alle diese Anträge beweisen nur neuerdings, daß der Grundbesitz in Ungarn in eine äußerst bedrängte Lage gerathen ist.

**Ausland.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“, das Organ Bismarck's, machte bereits vor längerer Zeit die den Nagel auf den Kopf treffende Bemerkung: Wir besitzen keine „Reichsregierung“. Deutschland hat eine Reichsgesetzgebung, welche die Ausführung der Gesetze den Einzelstaaten überläßt. Die Reichskanzlei soll zwar darüber wachen und dem Reiche steht sogar das Recht zu, durch Executionen in den Einzelstaaten die Durchführung der Gesetze zu erzwingen. Durch Rügen und Strafen wird aber noch keine Ordnung geschaffen. Die Ausführung der Gesetze auf Grund gleichmäßiger Verordnungen ist noch durchaus nicht angebahnt. Es zeigt sich dieser Mangel auf allen Gebieten. Verfährt irgend ein Staat nach eigenem Belieben, so kann derselbe wohl beim Reichskanzleramte denunciirt werden. Dasselbe hat dann der betreffenden Regierung aufzugeben, ihre Beamten zur Beobachtung der Reichsordnung zu verhalten. Ein unmittelbares Eingreifen aber ist der genannten Behörde versagt, weil sie keine Regierungsbesugnisse hat. „Das Reich ist — wie sich ein berliner Blatt sehr treffend ausdrückt — die höhere Instanz für die Regierungen, wenn sie verklagt werden; nicht aber eine höhere Behörde, die eingreifen kann, wo sie Unordnung oder Ordnungswidrigkeit sieht.“

Die meisten französischen Journale veröffentlichen den Wortlaut des am 1. März 1871 zu Bordeaux mit allen gegen sieben Stimmen gefaßten Beschlusses der Nationalversammlung, durch welchen Napoleon III. und seine Dynastie des Thrones verlustig und für den Ruin, die Invasion und Zerstückelung Frankreichs verantwortlich erklärt wur-

den. Die Wiederholung dieses Beschlusses ist in einem Momente, wo die scham- und ehrlose Bande vom 2. Dezember sich anschießt, von der Conspiration zu offener Gewalt überzugehen, von bedeutendem Werthe. Die Wiederholung dieses Beschlusses wird das französische Volk auch über die wahre Bedeutung einer Debatte aufklären, welche am 12. d. in der Nationalversammlung sich abspielte.

Die bonapartistischen Scandale bilden nemlich den Gegenstand der Verhandlungen in der Nationalversammlung. Der Minister des Innern hat abermals eine unbestimmte ausweichende Erklärung gegeben, die, wie Picard andeutete, die Mitschuld des Ministeriums an den bonapartistischen Umtrieben nur noch wahrscheinlicher macht. Trotzdem erfocht die Regierung einen Sieg über die Republikaner; die Orleansisten und Legitimisten stimmten mit den „Miserables“ vom 2. Dezember für einfache Tagesordnung. Den Teufel merkt das Bölllein nie und wenn er sie am Krage hätte. Die Royalisten besorgen die Geschäfte der Imperialisten so lange, bis sie als die Mähren, die ihre Schuldigkeit gethan haben, heimgeschickt werden.

Die öffentliche Meinung in Paris wird, wie ein Correspondent der „Köln. Ztg.“ constatirt, weit mehr als durch die Scandale, durch die Debatte über das geheime Circular beschäftigt, die ein helles Licht auf die von einem großen Theile der Behörden unterstützten geheimen Umtriebe der Imperialisten warf. Es wurde plötzlich klar, daß, dank der Politik der Leute, welche der 24ste Mai 1873 ans Ruder gebracht, die Imperialisten fast mit Sicherheit darauf zählen, Frankreich wieder unter ihr Joch zu bringen. Man muß annehmen, daß sie bereits eine Art von geheimer Regierung haben, deren Geboten nicht allein ein großer Theil der Offiziere, der Beamten der Centralverwaltung in Paris und viele Departemental-Behörden Gehorsam leisten, daß sie die, welche Widerstand zu leisten versuchen, auf alle mögliche Weise bedrohen; kurz, das nemliche System verfolgen, welches man vor dem Staatsstreich von 1851 in Anwendung brachte; deshalb ist es aber noch sehr fraglich, ob die, welche heute an der Gewalt sind, die nothwendigen Maßregeln ergreifen können und wollen, um die bonapartistischen Umtriebe unschädlich zu machen, denn fast die ganze Central- und Departemental-Verwaltung besteht aus Bonapartisten, die Maires sind fast alle solche, welche das Kaiserreich geschult und herangezogen hätte, die Spitzen der Armee halten fast alle noch zum „Empire“, und die 20- bis 25,000 Polizeibeamten, Polizeidiener, Municipalgardisten u. s. w. von Paris sind in ihrer großen Majorität die ergebenen Diener von Chiselhurst. Das Einzige, was die Bonapartisten unschädlich machen könnte, wäre, daß man sofort aus dem Provisorium heraustritt und endlich eine endgültige Regierung gründet.

### Zur Tagesgeschichte.

— Der stets gut unterrichtete römische Correspondent der „Nazione“ meldet aus dem Vatican folgendes: „Cardinal Antonelli hat die drei Aerzte, welche Pius IX. behandeln, zu sich berufen und sie unter ihrer schwersten Verantwortung über ihre Ansicht befragt. Sie antworteten einstimmig, daß der gegenwärtige Zustand des Papstes aus pathologischer Ursache keine ernstlichen Besorgnisse einflöße, indem es sich um Fieber handle, welche die Jahreszeit mit sich bringe. Nicht einmal die geschwächten Kräfte beunruhigten sie, weil sich Pius IX. anderemale mit Leichtigkeit von ähnlichen Zuständen der Abspannung erholte habe. Dagegen verheimlichten die Aerzte dem Cardinal Staatssecretär andererseits nicht, wie sie sich sehr mit den aufstretenden cerebralen Erscheinungen beschäftigten, indem der Papst, sobald ihn das Fieber befällt, in einen Zustand des Deliriums, der Hallucination, der Visionen und der Manie versetzt ist, welche Phänoмена den Verdacht einer beginnenden Gehirnverwundung erwecken könnten. Auf weitere Anfrage des Cardinals, ob die Aerzte nach ihrem Gewissen es für angezeigt hielten, irgend eine

italienische oder europäische Celebrität zur Consultation zu berufen, erwiderten diese, selber jederzeit zu Sr. Eminenz Befehl zu stehen, eine solche Berufung jedoch jetzt für nicht geboten zu halten, umsozuweniger, als man bei dem bekannten Widerwillen des Papstes gegen Consultationen denselben nicht beunruhigen dürfe.“

— Verkehr. Das hamburgische Postdampfschiff Pommerania, Capitain Schwensen, ging am 10. Juni via Havre nach New-York ab, das am 27. Mai von Hamburg abgegangene Postdampfschiff Thuringia, Capitain Meyer aber ist am 10. d. wohlbehalten in New-York angekommen.

### Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Von der laibacher Lehrerbildungsanstalt.) Der k. k. Landes-Schulrath beschloß in seiner Sitzung vom 28. v. M., den Bericht des k. k. Landes-Schulinspectors für Volksschulen über die vorgenommene Inspizierung der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt dem Ministerium für Cultus und Unterricht mit folgenden Anträgen vorzulegen: a) auf definitive Anstellung eines Lehrers; b) auf Errichtung einer Vorbereitungsclassen an der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Laibach mit Beginn des Schuljahres 1874/5 unter Bewilligung der erforderlichen Geldmittel für Stipendien und eventuell die Miete eines Schulzimmers; c) auf Bewilligung der zur Anschaffung von Lehrmitteln für die Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt benötigten Beiträge, und d) auf Genehmigung der Erbauung eines Gebäudes auf Staatskosten zur Unterbringung der k. k. Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt.

— (Der deutsche Sprachunterricht in Adelsberg.) Auf Grund des Beschlusses der Gemeinden Adelsberg, Groß- und Kleinortol, Sagor, Saloch, Altdorf und Grasse, betreffend die Regelung des deutschen Sprachunterrichtes an der adelsberger Volksschule, beziehungsweise die Einführung der deutschen Unterrichtsprache an derselben, wurde vom k. k. Landes-Schulrath in der Sitzung vom 28. Mai l. J. nach Anhörung des verstärkten Districtsrathes zu Adelsberg und des krainischen Landesauschusses angeordnet, daß mit Beginn des künftigen Schuljahres 1874/75 an genannter Volksschule die deutsche Sprache als obligater Theil des Gesamtunterrichtes behandelt werde.

— (Zeitungsabonnement bei den k. k. Postämtern.) Um den Nachtheil abzuwenden, welcher die Postämter infolge der Cursdifferenz trifft, die zwischen österreichischem Silbergelde und Vereinsmünze besteht, hat das hohe k. k. Handelsministerium angeordnet, daß von der nächsten Abonnementsperiode, das ist vom dritten Quartale 1874 ab für jene deutschen, französischen, englischen u. s. w. Zeitungen, welche im Wege der Postanstalten Deutschlands bezogen werden, die im Zeitungsverzeichnisse in der Rubrik „Ankaufspreis“ angeführten Beiträge von den österreichischen Abonnenten in Vereinsmünze oder in Geldmünzen, welche gesetzlichen Curs haben, nach dem Tarifwerthe, oder endlich in österreichischem Silbergelde und zwar in letzterem Falle mit einem Silberzuschlage von fünf Percent einzuzahlen sind.

— (Aus dem Verwaltungsrathe der Radolfsbahn.) Herr Dr. Adolf Weiß ist aus der Verwaltung der Radolfsbahn ausgeschieden. Die Motive dieses Austrittes sind interessant und wichtig genug, um mitgeteilt zu werden. Bekanntlich ist die Salzammergutbahn vom Reichsrathe mit einer Summe von 57 800 fl. per Meile concediert worden und sollten die Titres, Actien und Prioritäten im Durchschnitt zum Curs von 80 emittiert werden. Nun, nachdem sich die Erfüllung der letzteren Bedingung, trotzdem bereits alle Pöbel in Bewegung gesetzt worden sind, als nicht durchführbar erwies, suchen die Concessionäre andere Transportactionen, um zum Ziele zu gelangen. Die interessanteste darunter ist wohl jene, welche mit der Verwaltung der Radolfsbahn angebahnt wurde. Dieselbe bezweckt nichts mehr und nichts weniger, als die Emission neuer Titres der Radolfsbahn an die Stelle der eigenen Papiere der Salzammergutbahn. Darnach sollen soviel Actien und Prioritäten dritter Emission der Radolfsbahn aus-

gegeben werden, als die Salzammergutbahn selbst emittieren sollte. Die Haftung für die Intercalarzinsen will die Radolfsbahn (!) auch übernehmen. Dieses krause Projekt, zu welchem sich der Handelsminister, wie vorausgesehen ist, kaum freundlich stellen dürfte, ist die Veranlassung, daß sich Herr Dr. Weiß von seinen Collegen in der Verwaltung der Radolfsbahn verabschiedete.

### Für Eisenbahnreisende.

(Fortsetzung.)

Bezüglich der Beförderung von Personen heben wir folgende Bestimmungen hervor:

Der Verkauf der Fahrbillete (Fahrarten) kann auf Stationen von geringer Frequenz nur innerhalb der letzten halben Stunde, auf Stationen mit größerer Frequenz aber innerhalb einer Stunde vor Abgang desjenigen Zuges, mit welchem der Reisende befördert sein will; wenn jedoch zwischen zwei nach derselben Richtung abgehenden Zügen eine noch kürzere Zwischenzeit liegt, nur innerhalb dieser Frist verlangt werden. Diejenigen, welche bis fünf Minuten vor Abgang des Zuges noch kein Billet gelöst, haben auf Verabfolgung eines solchen keinen Anspruch. Das zu entrichtende Fahrgehalt ist abgezahlt bereit zu halten, damit Aufenthalt durch Geldwechseln vermieden werde.

Die Fahrbillete geben Anspruch auf die entsprechende Wagenklasse, soweit in dieser Plätze vorhanden sind, respective beim Wechseln der Wagen vorhanden bleiben. Wenn einem Reisenden der seinem Billet entsprechende Platz nicht angewiesen und ihm auch zeitweilig ein Platz in einer höheren Klasse nicht eingeräumt werden kann, so steht es ihm frei, das Billet gegen ein solches der niedrigeren Klasse, in welcher noch Plätze vorhanden sind und gegen Erstattung der Differenz umzuwechseln oder die Fahrt zu unterlassen und das bezahlte Fahrgehalt zurückzuverlangen. Jedenfalls haben die mit durchgehenden Billetten ankommenden Reisenden den Vorzug vor den neu Hinzutretenden. Die Zeit oder der Zug, wofür jedes Fahrbillet gültig, ist durch Abstempelung darauf ausgedrückt, so daß jeder Käufer sofort zu prüfen im Stande ist, ob das Billet auf die von ihm beabsichtigte Fahrt lautet.

Den Reisenden ist gestattet, während der Fahrt auf einer Zwischenstation auszu steigen, um mit einem am nämlichen oder nächstfolgenden Tage nach der Bestimmungstation abgehenden, zu keinem höheren Tariffusse fahrenden Zuge dahin weiter zu reisen. Solche Reisende haben jedoch auf der betreffenden Zwischenstation sofort nach dem Verlassen des Zuges dem Stationsvorsteher ihr Billet vorzulegen und dasselbe mit dem Vermerke der verlängerten Gültigkeit versehen zu lassen. Kinder unter zehn Jahren werden zu ermäßigten Fahrpreisen befördert. Finden Zweifel über das Alter der Kinder statt, so entscheidet der Ausdruck des bei der Revision anwesenden obersten Beamten. Für Kinder, die noch getragen werden müssen und ihre Stelle auf ihrer Angehörigen Plätze mißfinden, erfolgt keine Zahlung.

Ein Umtausch gelöster Fahrbillete gegen Billete höherer Klasse ist den Reisenden bis 10 Minuten vor Abgang des Zuges gegen Nachzahlung der Preisdifferenz unverwehrt, soweit noch Plätze in den höheren Klassen vorhanden sind. Unterwegs auf Zwischenstationen kann ein Uebergehen auf Plätze einer höheren Klasse nur gegen Zulauf eines Billets auf die Bestimmungsstelle, durch dessen Preis, einschließlich desjenigen für das bereits gelöste Billet, der Fahrpreis für die höhere Klasse mindestens gedeckt wird, beansprucht werden. Allein reisende Damen sollen auf Verlangen möglichst nur mit Damen in ein Coupé zusammengelegt werden. In jedem Zuge muß sich mindestens je ein Damescoupé für die Reisenden der zweiten und dritten Wagenklasse befinden.

Personen, welche wegen einer stichtischen Krankheit oder aus anderen Gründen durch ihre Nichtbarkeit den Mitreisenden unangenehm lästig werden würden, können von der Mit- und Weiterreise ausgeschlossen werden, wenn sie nicht ein besonderes Coupé bezahlen. Gew. bezahltes Fahrgehalt wird ihnen zurückgegeben, wenn ihnen die Mitreise nicht gestattet wird.

Wird erst unterwegs wahrgenommen, daß ein Reisender zu den vorstehend bezeichneten Personen gehört, so muß er an der nächsten Station, sofern kein besonderes Coupé bezahlt und für ihn bereit gestellt werden kann, von der Weiterbeförderung ausgeschlossen werden. Das Fahrgehalt sowie die Gepäcksfracht werden ihm für die nicht durchfahrene Strecke ersetzt.

Die Wartesäle sind spätestens eine Stunde, die Billet- und Gepäcks-Expeditionen auf Stationen mit größerer Frequenz gleichfalls spätestens eine Stunde, auf Stationen mit geringerer Frequenz mindestens eine halbe Stunde vor Abgang eines jeden Zuges zu öffnen.

Der Reisende, welcher ohne gültiges Jahrbillet betroffen wird, hat für die ganze von ihm zurückgelegte Strecke, und wenn die Zugangstation nicht sofort unzweifelhaft nachgewiesen wird, für die ganze vom Zuge zurückgelegte Strecke das Doppelte des gewöhnlichen Fahrpreises, mindestens aber den Betrag von drei Gulden zu entrichten. Derjenige Reisende jedoch, welcher in einem Personenwagen einsteigt und gleich beim Einsteigen unaufgefordert dem Schaffner oder Zugführer meldet, daß er wegen Verspätung kein Billet mehr habe lösen können, hat, wenn er überhaupt noch zur Mitfahrt zugelassen wird, worauf er keinen Anspruch hat, einen um 50 kr. erhöhten Fahrpreis zu zahlen. Wer die sofortige Zahlung verweigert, kann ausgeschlossen werden. (Fortsetzung folgt.)

### Ausweis

über den Stand der Blatternepidemie vom 27. Mai bis inclusive 9. Juni 1874.  
 Vom letzten Ausweise sind 11 Kranke in Behandlung verblieben, seither sind bis 2. Juni zugewachsen 7, genesen 5, gestorben 1 Kind und in Behandlung verblieben 12. — Seither sind bis 9. Juni zugewachsen 0, genesen 7, gestorben 0, in Behandlung verblieben 5.  
 Seit Beginn der Epidemie sind 448 Blatternkranke amtlich gemeldet worden, von diesen sind 362 genesen und 81 gestorben.

Im landeschaftlichen Filialspitale sind vom 27. Mai 8 Kranke in Behandlung verblieben, seither sind bis 2. Juni zugewachsen 3, genesen 5, gestorben 0; seit 2. bis inclusive 9. Juni sind zugewachsen 5, genesen 1 Mann, gestorben 1 Kind und in Behandlung verblieben 9.

Stadtmagistrat Laibach, am 10. Juni 1874.

### Eingekendet.

**Dreschmaschinen.** — Wie sehr eine gute Dreschmaschine für den kleineren und kleinsten Landwirth ein Bedürfnis geworden ist und wieweit allgemeinen Anklang eine als zweckmäßig erprobte Maschine dieser Gattung findet, dafür mag folgendes als Beweis dienen:

Die Firma **Moriz Weil jun.** in Frankfurt am Main, Seilerstraße Nr. 2, lieferte im vorigen Jahre **Achtzehnhundert Weil'sche Handdreschmaschinen, Fünfhundertvierzig zweipferdige Göpeldreschmaschinen, Hundertzehn einpferdige Göpeldreschmaschinen,**

das sind zusammen nahezu zwei und ein halb Tausend Exemplare oder fünfzig Stück wöchentlich. — Landwirthe, welche sich für diese Maschinen interessieren, belieben sich an obige Firma direct zu wenden oder an **Moriz Weil jun.** in Wien, Franzensbrückstraße 13. (148—1)

### Witterung.

Laibach, 16. Juni.  
 In der Nacht Regen, morgens sehr trübe, später Aufhellung, Sonnenschein. Wärme: morgens 6 Uhr + 10°, nachmittags 2 Uhr + 19.9° C. (1873 + 24.7°, 1872 + 24.8° C.) Barometer 736.32 Millimeter. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 7.8°, um 10.6° unter dem Normale; der gestrige Niederschlag 30.30 Millimeter, Regen.

### Zugelommene Fremde.

Am 16. Juni.

**Hotel Stadt Wien.** Fried, Spandau, Littmann und Seligmann, Reisende, Hager, Affecuranzliquidator und Ritter v. Siegel, k. k. Generalmajor, Wien. — Horwath, Grundbesitzer. — Lenasi, sammt Frau, Planina. — Pfeiffer, Kfm., Graz. — Rüdtenberg, Reisender, Elberfeld.  
**Hotel Elefant.** Grünspan, S. Friedmann, J. Friedmann und Weiß, Wien. — Oblat, Rudolfswerth. — Israel, Kfm., Hamburg.  
**Hotel Europa.** Pieri, Trieste. — Peter, Fiume. — Winkler und Majer, k. k. Kassier, Wien.  
**Mohren.** Povodil und Radl, Commis, Trieste. — Seunit, Ingenieur, Marburg.  
**Kaiser von Oesterreich.** Siglauer Anna, Graz. — Kasteli, Trieste.

### Wiener Börse vom 15. Juni.

Staatsfonds.		Pfundbriefe.	
Spec. Rente, 50. Pap.	69.45	69.55	95.00
cto. dco. 50. in Silber	74.85	75.00	95.75
Josef von 1854	99.00	99.50	91.30
Josef von 1860, ganz	108.00	108.15	85.60
Josef von 1860, fünf	110.25	110.75	
Prämienf. v. 1864	129.75	130.25	
Grandentl.-Obl.		Prioritäts-Obl.	
Wienböhng.	71.75	72.25	101.75
Ungarn zu . . . 5	74.00	74.50	96.50
Actien.		Lose.	
Anglo-Bank	128.75	128.50	162.00
Creditanstalt	220.00	220.25	11.75
Depositenbank	129.50	130.50	
Escompte-Anstalt	858.00	862.00	
Franko-Bank	30.00	31.50	
Hambelobank	64.00	64.50	
Nationalbank	957.00	959.00	
Oesterr. allg. Bank	44.00	45.00	
Deft. Bankgesellschaft	190.00	190.00	
Union-Bank	100.00	100.50	
Bereinsbank	8.00	8.25	
Verkehrsbank	82.75	82.25	
Kredit-Bank	141.00	142.00	
Kauf-Rudwig-Bank	248.50	249.00	
Kauf. Elisabeth-Bank	201.00	201.50	
Kauf. Franz-Josef-Bank	200.70	201.50	
Staatsbank	317.50	318.00	
Sädebank	139.50	139.75	
Wegsch. 100 fl. Silber	93.50	93.70	
Frankf. 100 fl.	93.65	93.85	
Hamburg	54.75	54.85	
London 10 Pf. Sterling	111.85	111.95	
Paris 100 Francs	44.25	44.30	
Münzen.		Wechsel (3 Mon.)	
Reif. Münz-Ducaten	5.33	5.34	
100 Francs-Guld.	8.93	8.94	
Preuss. Kassenscheine	1.65	1.65	
Silber	105.70	105.90	

### Telegraphischer Kursbericht

am 16. Juni.

Papier-Rente 69.40 — Silber-Rente 74.80 — 1860er Staats-Anlehen 107.75 — Bankactien 590 — Credit 218 — London 112 — Silber 105 — 20-Francs-Stücke 8.94.

### Telegramme.

Wien, 15. Juni. Die „Wiener Zeitung“ bringt ein kaiserliches Handschreiben, womit der Reichskriegsminister Freiherr v. Ruhn von seinem Posten enthoben, derselbe zum commandierenden General in Graz ernannt und demselben in aufrichtiger dankbarer Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienste und insbesondere der erfolgreichen Durchführung der Heeresreform das Großkreuz des Stefansordens verliehen wird. Ein kaiserliches Handschreiben ernennt den bisherigen Statthalter in Böhmen, Baron Koller, zum Reichskriegsminister unter Ausdruck besonderer Zufriedenheit für seine bisherigen vorzüglichen Dienste. Der Kaiser ernannte den com-

mandierenden General in Graz, Baron John, zum Generalstabschef; den commandierenden General in Brünn, Baron Josef Philippovich, zum commandierenden General in Prag; den Militärcommandanten in Kaschau, Baron Franz Philippovich, zum Feldzeugmeister und commandierenden General in Brünn; den Generalmajor Straneky zum Vorstande des Präsidialbureaus im Reichskriegsministerium; den Generalmajor Schwertfänger zum Festungs- und Platzcommandanten in Budapest, endlich den Statthalter von Mähren, Baron Weber, zum Statthalter in Böhmen. Der bisherige Generalstabsleiter Feldmarschalllieutenant Gallina wurde unter Ausdruck der vollen kaiserlichen Zufriedenheit von diesem Dienstposten enthoben und zum Truppendivisionscommandanten ernannt. Der bisherige Vorstand des Präsidialbureaus des Reichskriegsministeriums, Oberst Dumoulin, wurde unter Ausdruck besonderer kaiserlicher Zufriedenheit seines bisherigen Postens enthoben, unter Vorbehalt fernerer Verwendung im Truppendienste.

### Berförbene.

Den 15. Juni. Aloisia Brecelnit, Schiffmannsgartin, 44 J., Tirnavorstadt Nr. 8, Lungenlähmung. — Leopold Bidic, Schuhmachersohn, 83 J., Polanavorstadt Nr. 34, Sero-phelu. — Franz Mahortic, Obltg.-Commis, 21 J., Polanavorstadt Nr. 20, Lungenlähmung.

Bei **Josef Karinger** sehr hübsche **Zwirnhandschuhe** für (310—4) Herren und Damen per Paar zu 50 kr. bis fl. 1.20.

### Alles 27 kr.

Neuestes, Schönstes und Güt. Ausschließlich nur im **Mariahilfer Manufacturwaren-Bazar**, Mariahilferstraße Nr. 94. Niesenanswahl von 4 breiten Schafwollkleiderstoffen, Barege, Gazes, Lustres, Rohfouards, edelstfarbigen Percails, französischen Brillantins und Piquets, glatten und farbigen Cretons, allen Sorten Leinwandwaren und Bettzeugen, weißen und farbigen Vorhängen, schweren Laufteppichen, feinsten Leinen-Taschentüchern etc. etc.

### Einheitspreis 27 kr.

pr. Elle oder Stück, Wien, Mariahilferstraße Nr. 94. Aufträge aus der Provinz gegen Nachnahme. Muster auf Verlangen franco. (331—4)

### K. k. a. priv. Kassenfabrik C. POLZER & Comp.,

Wien, Kärntnering 3, empfiehlt ihre anerkannt solidest konstruirten, gegen Feuer und Einbruch vollkommen erprobten Kassen zu reducierten Preisen. Unser neu erfundenes federloses Sicherheits-Hauptschloß mit Combinations Schlüssel (Patent Karl Polzer), bei welchem die Schlüsselbarte erst im Innern des Schloßes heraustreten, übertrifft alles, was auf dem Gebiete der Kassenfabrication bisher geleistet wurde. Laut Erlaß des k. k. Finanzministeriums vom 25. März 1872, Z. 4331, sind die k. k. Kämter bei Anschaffung von feuer- und einbruchsicheren Kassen auf unsere Erzeugnisse vorzugsweise angewiesen worden. (221—6)

# Sparkasse - Rundmachung.

Wegen des pro I. Semester 1874 vorzunehmenden Rechnungsabchlusses werden bei der gefertigten Sparkasse

vom 1. bis inclusive 15. Juli d. J.

Zahlungen weder angenommen noch geleistet. Aus gleichem Anlasse bleibt auch das Pfandamt am 26. d. J. und während der obigen Monatshälfte für das Publicum geschlossen.

Laibach, 12. Juni 1874.

### Direction der krain. Sparkasse.

Stand von Jgn. v. Kleinmahr & Seb. Bamberg in Laibach.

Verleger und für die Redaction verantwortlich Ditomar Bamberg.